



Stadtverwaltung Rheinbach	
Eing. 20. Aug. 2014	
01	

Ratsfrau Tamara Vogt

An den

Bürgermeister der Stadt Rheinbach

Herrn Stefan Raetz

Rathaus / Schweigelstraße 23

53359 Rheinbach

Rheinbach, den 19.08.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Fragestunde des Rates zu setzen:

Auswirkungen der Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes

Am 4. Juni ist im Düsseldorfer Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalitionen die Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes beschlossen worden. Im Vorfeld hatte es massive Proteste gegen die Pläne der Landesregierung gegeben. Insbesondere die Erhöhung der Kindpauschale um lediglich 1,5 % wurde als nicht auskömmlich angesehen.

Mittlerweile kritisiert auch die stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, die Unterfinanzierung der Kitas. Vor allem befürchtet sie, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Träger ihren Kita-Betrieb einstellen müssen. Eine weitere Anhebung der Kindpauschale soll nach Auffassung der Landesregierung auf Kosten der Kommunen gehen.

Vor diesem Hintergrund fragt die FDP Fraktion an:

1. Wie bewertet die Verwaltung das Finanzierungssystem nach dem geänderten Kinderbildungsgesetz? Sind die Pauschalen auskömmlich?
2. Welche Auswirkungen hat das neue Kinderbildungsgesetz auf das Betreuungsangebot in Rheinbach? Sehen örtliche Träger ihren Kita-Betrieb als gefährdet an?

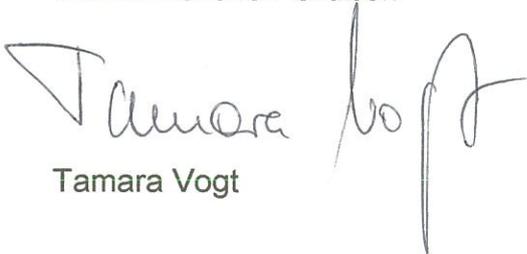


Ratsfrau Tamara Vogt

3. Hält die Verwaltung eine mögliche Anhebung der Kindpauschale für eine konnexitätsrelevante Aufgabe? Wie wird die Verwaltung reagieren, wenn das Land die Kosten für eine weitere Anhebung an die Kommunen weitergeben will?

Für die FDP-Fraktion.

Mit freundlichen Grüßen



Tamara Vogt